

Ingo Schmidt

Exportorientiertes Wachstum in China, Deutschland und Japan – Herausforderung oder Bestandteil der US Hegemonie?

1. Einleitung

Mit Hoffen und Bangen schauen die USA und ihre westlichen Verbündeten auf China. Einerseits locken billige Arbeitskräfte und neue Absatzmärkte, andererseits sorgt man sich, die chinesische Wirtschaft könne einem über den Kopf wachsen und damit die Grundlagen der westlichen Weltbeherrschung untergraben. Originell ist dieses Herausforderungs-Szenario nicht. In den 1950er und 1960er Jahren fühlte sich der Westen von den Sputniks, Fünfjahrplänen und Interkontinentalraketen der Sowjets herausgefordert. Danach verschoben sich die entsprechenden Debatten von der Systemkonkurrenz zu Markt- und Machtverschiebungen innerhalb des Westblocks. Erst machte das Modell Deutschland den USA ihre wirtschaftliche Führungsrolle streitig, so wurde die Sache mit unterschiedlicher Absicht jedenfalls dargestellt, danach wurde der Toyotismus zum Symbol für Japans Aufstieg zur Wirtschaftssupermacht. China, das zu Zeiten der Systemkonkurrenz stets im Schatten der Sowjetunion gestanden hatte, wuchs erst mit seiner beschleunigten Weltmarktintegration seit Beginn der 1990er Jahre in die Rolle des Herausforderers hinein.

Politisch dienen die wiederkehrenden Konstruktionen konkurrierender Wirtschaftsmächte der Herstellung klassenübergreifender Identitäten nach innen sowie der Mobilisierung für den Kampf um den Weltmarkt nach außen (Cox 2001). Wissenschaftliche Blaupausen liefert unter anderen die vergleichende Politische Ökonomie, die Nationalstaaten und -ökonomien als Spieler - oder Kapitalismusmodelle - auf dem Feld des Weltmarktes gegeneinander antreten lässt, diesen selbst aber als gegebenen und unhintergehbaren Faktor behandelt (Coates 2000, Yamamura/Streeck 2003). Richard Freeman hat diesen Ansatz ebenso treffend wie ironisch als „Krieg der Modelle“ bezeichnet (Freeman 1998).

Eine Alternative, die den Weltmarkt nicht als externen Faktor, sondern als komplementäres Produkt der Entstehung des internationalen Staatensystems begreift, bietet die Weltsystemtheorie (Wallerstein 2004). In der Tradition dieses Ansatzes hat Giovanni Arrighi (2007) kürzlich die These vertreten, dass der gegenwärtige Aufstieg Chinas das Ende kapitalistischer Staaten- und Weltmarktkonkurrenz einläuten könnte, weil das Chinesische Modell wirtschaftli-

cher Entwicklung im Gegensatz zum westlichen Kapitalismus nicht vom Zwang zu äußerer Expansion getrieben wird (zur Diskussion dieser These vgl. die Schwerpunktnummer von *Historical Materialism* 2010/1). Nach rund fünfzehnjähriger Beherrschung und Ausbeutung der Welt durch den westlichen Kapitalismus würde, so Arrighi in Anspielung auf Adam Smith, endlich der „Wohlstand der Nationen“ ins Zentrum des Weltgeschehens rücken. Aufgrund seiner Größe sei China die treibende Kraft des Übergangs zu einer multipolaren Weltordnung. Befördert werde diese Entwicklung durch den Niedergang der kapitalistischen Führungsmacht USA. Allerdings sind Konflikte zwischen der niedergehenden Hegemonialmacht im Westen und dem neuen Wachstumszentrum im Osten nicht auszuschließen.

Arrighis Argumentation steht und fällt natürlich mit der Einschätzung der chinesischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Wenn man die seit Beginn der 1990er Jahre beschleunigte Integration Chinas in den Weltmarkt als komplexeren Prozess einer inneren Transformation in Richtung Kapitalismus versteht (vgl. PROKLA 119, 2000/2 „Chinesischer Kapitalismus“), ergibt sich eine ganz andere Perspektive, zu deren Verständnis Arrighis 1994 erschienenes Buch „*The Long Twentieth Century*“ mehr beitragen kann als sein „*Adam Smith in Beijing*“. In diesem älteren Werk hatte er die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems als eine Abfolge hegemonialer Zyklen dargestellt, deren jeweiligen Führungsmächte von einem Zyklus zum nächsten über ein größeres Gewalt- und Wirtschaftspotenzial verfügen müssten. Dieser Analyse zufolge sind die USA der letzte Nationalstaat, der groß und mächtig genug war bzw. ist, um das kapitalistische Weltsystem zusammenzuhalten und ihm zugleich seinen Stempel aufzudrücken. Den Übergang vom langen Nachkriegsaufschwung zu „*Stagnation and Financial Explosion*“ (Magdoff/Sweezy 1987) hat Arrighi als Eintritt der USA in ihre Niedergangsphase interpretiert. Da die USA ihre hegemoniale Funktion nicht mehr ausüben könnten und kein Nachfolgestaat für diese Rolle absehbar ist, sei eine „globale Krise“ (Arrighi 1994: 300–324) unausweichlich. In der Vergangenheit konnten sich aufstrebende Mächte als Hegemonialmächte etablieren, weil sie größere wirtschaftliche und politische Ressourcen mobilisieren konnten als ihre Vorgänger. Berücksichtigt man neben Bevölkerungszahl auch finanzielle und militärische Macht, wird klar, weshalb die USA konkurrenzlos dastehen. Ganz gleich, wie sehr ihre Vormacht durch die militärischen Debakel in Afghanistan und Irak sowie durch die Finanz- und Wirtschaftskrise angeschlagen sein mag.

Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums sowie der kapitalistischen Transformation Chinas eröffneten sich dem westlichen Kapital allerdings neue Anlagemöglichkeiten. Die kapitalistische Durchdringung der vormals staatssozialistischen Länder trug, vorläufig zumindest, zur Überwindung der von Arrighi diagnostizierten Krise bei. Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 stellen sich marxistische Theoretiker und praktizierende Kapitalisten allerdings

gleichermaßen die Frage, ob die neoliberale Akkumulation der 1990er und frühen 2000er Jahre nunmehr an ihre Grenzen gestoßen sei (Schmidt 2009) und mit der Stagnation im Westen auch die Absatzmärkte chinesischer Exportindustrien begrenzt oder ob China zusammen mit anderen aufstrebenden Nationen in der einen oder anderen Form zum Motor weltwirtschaftlicher Entwicklung werde (Wilson/Purushothoman 2003). Wie immer, wenn es um Zukunftsfragen geht, muss auf abschließende Antworten verzichtet werden. Ein Vergleich Chinas mit Deutschland und Japan, deren Exportökonomien in der Vergangenheit als Herausforderer der USA und Wachstumslokomotiven der Zukunft angesehen wurden, lässt aber zumindest das von den USA seit Ende des Zweiten Weltkriegs bzw. Beginn des Kalten Krieges verfolgte Modell der Hegemonie durch Integration verstehen und mögliche Entwicklungspfade für die Zukunft abschätzen (vgl. auch die entsprechenden Länderstudien in Schmidt 2008). Drei Thesen sollen in diesem Zusammenhang entwickelt werden:

(1) Nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. mit dem Übergang zum Kalten Krieg konnten sich die USA als Hegemonialmacht etablieren, weil sie mit Weltmarktintegration, keynesianischem Staat und innerer Landnahme die kapitalistische Akkumulation über die Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs hinaus in Gang halten konnten. Die Wachstums- und Exporterfolge, die Deutschland und Japan während der Nachkriegsprosperität erzielten, ließ beide Länder zeitweilig als ökonomische Herausforderer der USA erscheinen. Letztere konnten ihre Führungsrolle jedoch behaupten, weil sie als Erste und am Besten verstanden, aus der Zurückdrängung von Sozialstaaten im Norden und ‚Developmental States‘ im Süden bzw. der Expansion in ehemals staatssozialistischen Ländern Kapital zu schlagen.

(2) Überdurchschnittliche Wachstumsraten von Produktion und Exporten in Deutschland und Japan waren nicht einem gegenüber den USA überlegenen Produktionsmodell geschuldet. Sie verdankten sich vielmehr der Rekonstruktionsperiode (Jánossy 1966), in die beide Länder mit Beginn des Nachkriegsaufschwungs eintraten, die in den USA aber schon während des Zweiten Weltkriegs begonnen hatte. Darüber hinaus waren die deutschen und japanischen Wachstumserfolge ein Resultat der Vorzugsbedingungen, zu denen die USA ihren ehemaligen Kriegsgegnern die Integration in den Weltmarkt erlaubten. Diese Erfolge drängten allerdings die zentrale Rolle in den Hintergrund, die amerikanische Kapitalexperte für die hegemoniale Position der USA spielten. Mit dem Übergang zu geringeren Wachstumsraten seit den 1970er Jahren wurde diese Rolle noch wichtiger. Während die Exportabhängigkeit Deutschlands und Japans weiter zunahm, konnten die USA ihre weltweiten Kapitalanlagen zum ökonomischen Ausgangspunkt der nunmehr bestimmenden Akkumulation durch Enteignung machen. Obwohl dieses Akkumulationsmodell mit Verspätung auch von Deutschland und Japan übernommen wurde, fiel das Wachstum in beiden Ländern seit Beginn der 1990er Jahre hinter das der USA zurück.

(3) Wie Deutschland und Japan in den 1950er und 1960er Jahren, machte China in den 1990er und 2000er Jahren eine Phase hohen Wachstums und beschleunigter Weltmarktintegration durch. Ebenso wie Deutschland und Japan in den späten 1980er und 1990er Jahren steht China heute vor der Frage, ob sein bislang von Warenexporten abhängiges Wachstum in der Zukunft stärker von Kapitalexporten getragen werden kann. Im Unterschied zu Deutschland und Japan gehört China nicht zu den zeitgleich mit den USA entstandenen kapitalistischen Metropolen, sondern hat seine Weltmarktintegration nach einer Industrialisierungsphase unter staatssozialistischen Produktionsverhältnissen begonnen. Zu der Zeit, in der das chinesische Wirtschaftswunder ins Rollen kam, gehörten die historisch einmaligen Wachstumsraten im Westen bereits der Vergangenheit an.

Andererseits verfügt China über politische Machtressourcen, die Deutschland und Japan nicht zur Verfügung stehen. Als Verlierer des Zweiten Weltkrieges mussten letztere einen Teil ihrer außenpolitischen Souveränität an die USA bzw. von den USA kontrollierten internationalen Organisationen abtreten, um als Weltmarktspieler anerkannt zu werden. Im Gegensatz dazu konnte China nach Revolution und selbst gewählter Abkopplung vom Weltmarkt politische und militärische Kapazitäten entwickeln, die der heutigen chinesischen Führung erhebliche Handlungsspielräume verschafft haben. Aufgrund dieser politischen Machtpotenziale ist eine Abkehr Chinas von der gegenwärtigen Form der Weltmarktintegration als billiger Produktionsstandort und dem damit verbundenen Neoliberalismus mit chinesischen Charakteristika (Harvey 2005: Kap. 5) denkbar, würde aber den Interessen des neuen chinesischen Exportkapitals sowie seiner Verbündeten in den westlichen Ländern widersprechen.

2. Akkumulation und Landnahme im American Empire

Imperialistische Konkurrenz, Weltkriege und die Große Depression hatten den Weltmarkt, der sich zusammen mit dem Kapitalismus entwickelt hatte, in der Zeit zwischen den 1880er Jahren und 1945 zerstört. Danach machten sich die USA an die Wiederherstellung des kapitalistischen Weltmarktes, dessen Operationsfeld durch die Entstehung des Sowjetimperiums und die russische Revolution allerdings eingeschränkt war (Osterhammel/Petersson, Kap. 5&6). Dabei handelten sie nur teilweise als „geschäftsführender Ausschuss der Weltbourgeoisie“, dem es um das große Ganze – die von permanenter Kapitalakkumulation abhängige Stabilisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse – ging. Mindestens ebenso wichtig waren die unmittelbaren Geschäftsinteressen der amerikanischen Bourgeoisie. Nach den fetten Jahren des Krieges und der Kriegswirtschaft fürchteten die USA einen Rückfall in die Depression, gleichzeitig war sie von der Sorge geplagt, die Arbeiterbewegung würde nach ihrer untergeordneten Einbindung in die Kriegswirtschaft zur Militanz der 1930er Jahre zurückkehren und dadurch der internationalen Ausbreitung des Kom-

munismus in die Hände arbeiten. Schaffung von Absatz- und Anlagefeldern in anderen Ländern sowie die Eindämmung von Arbeiterbewegung und Kommunismus waren die amerikanischen Antworten auf diese Herausforderungen (Saul 2007: Kap. 3).

Im Imperialismus europäischer Prägung fielen Marktöffnung und Sicherung von Marktzugängen in den Zuständigkeitsbereich von Militär, Diplomatie und Konzernführungen; Polizei und Justiz sorgten dafür, dass die Arbeiterbewegung den Rahmen des jeweils erlaubten nicht überschritten. Dieses Ensemble von Akteuren wurde durch den „Imperialismus ohne Kolonien“ (Magdoff 1978, Kap. 4), dessen Aufbau die USA nach dem Zweiten Weltkrieg in Angriff nahmen, um zwei wichtige Spieler erweitert. Erstens wurde eine Reihe multinationalaler Institutionen geschaffen, die – stets am amerikanischen Gängelband – dem internationalen Waren- und Kapitalverkehr eine institutionelle Grundlage gaben. Dabei diente die formale Anerkennung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“, auf dem diese Institutionen aufgebaut waren, der Unterhöhnung der nach 1945 fortbestehenden Kolonialreiche samt der damit verbundenen Handelsbeschränkungen und als ideologisches Gegengewicht zur Verkündung gleichlautender Prinzipien in Moskau und Peking.

Eng mit der Aufwertung des Nationalstaats als internationalem Akteur verbunden war die Herausbildung des keynesianischen Staates (Hall 1989). Dieser schränkte zwar einerseits die unumschränkte Befehlsgewalt gegenüber dem, jedenfalls aus Sicht der Bourgeoisie, liberalen Staat ein und begrenzte durch die Tätigkeit öffentlicher Betriebe sogar die Anlagesphären privaten Kapitals, trieb aber andererseits eine neue Welle kapitalistischer Landnahme voran (Dörre 2010, grundsätzlich dazu: Luxemburg 1913: 3. Abschnitt). Durch den massiven Ausbau öffentlicher Infrastrukturen wurden Produktion für den Eigenbedarf und einfache Warenproduktion der Konkurrenz großer Konzerne ausgesetzt, die unter dem Zwang beständiger Akkumulation auf der beständigen Suche nach billiger Arbeitskraft und zusätzlichen Absatzmärkten waren (Schmidt 2010). Diese Landnahme ging mit einer fortschreitenden Proletarisierung weiter Bevölkerungskreise einher. Der gleichzeitige Ausbau des Sozialstaates hat die sozialen Folgen dieser Proletarisierung zwar abgefedert, aber gleichzeitig die Unterordnung der Arbeiterklasse unter das Kapitalverhältnis über deren Subsumtion unter das Fabrikregime hinaus in die Reproduktions-sphäre verlängert. Sofern der keynesianische Staat Steuerstaat ist, hängt sein Ausgabenvolumen nämlich von den politisch durchsetzbaren Steuersätzen sowie der Akkumulation privaten Kapitals ab. Darüber hinausgehende, durch Kredit finanzierte Ausgaben stehen unter dem unmittelbaren Finanzierungsvorbehalt privater Geldgeber. Beginnend mit den 1970er Jahren wurde dieser Vorbehalt zunehmend geltend gemacht.

In jener Zeit war die innere Landnahme in den USA und den anderen kapitalistischen Metropolen so weit vorangeschritten, dass Arbeitskräfte, die bislang

für wenig Geld die Drecksarbeiten des modernen kapitalistischen Produktionsprozesses geleistet hatten, ihre Gleichstellung mit tarifvertraglich und sozialstaatlich geschützten Beschäftigten forderten (Edwards 1979). Dieser latente Kostendruck samt der damit einhergehenden Herausforderung des Fabrikregimes ging mit einer manifesten Überproduktionskrise einher; eine Folge der hohen Investitionen, welche die vorangegangene Periode der inneren Landnahme begleitet und zum Aufbau dauerhafter Überkapazitäten geführt hatten (Brenner 2006, Kap. 8&9). Im Verlauf der Krise gingen die Steuereinnahmen zurück, während die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und – allerdings kurzlebige – Beschäftigungsprogramme anstiegen. Der damit einhergehende Anstieg der öffentlichen Schulden gab privaten Geldvermögensbesitzern die Schuldscheine in die Hand, die sie brauchten, um die Krise der kapitalistischen Akkumulation in eine Krise des Steuerstaates umzuwandeln (Block 1981). Die monetaristische Wende der amerikanischen Geldpolitik – der berühmte Volcker-Schock – wurde zum Ausgangspunkt der Enteignung öffentlicher Güter durch das private Geldvermögen.

Die Hochzinsperiode, die mit dem Volcker-Schock eingeleitet wurde, führte zu einer Machtverschiebung vom produktiven Kapital zum zinstragenden Kapital. Diese erlaubte es, Geldvermögensbesitzern und Finanzunternehmen, Renditesprüche an den privaten Unternehmenssektor heranzutragen und dadurch das lange gepflegte Zusammenspiel von Gewerkschaften und Unternehmensleitungen aufzubrechen. Zusammen mit der Arbeitslosigkeit – eine Folge von Überproduktionskrise und Volcker-Schock – führte die Herausbildung des „Monopoly-Finance Capital“ (Foster 2006) zu einer anhaltenden Umverteilung von Löhnen zu Vermögenseinkommen. Steigende Renditeansprüche wurden auch an die Länder des Südens herangetragen. Im Gegensatz zu den Staatsschulden im Norden, die im Wesentlichen inländische Ersparnisse absorbieren, war im Süden die Auslandsverschuldung in den 1970er Jahren stark angestiegen und nach dem Volcker-Schock explodiert. Die Schuldenkrise der 1980er wurde zum Türöffner für die Akkumulation des Nordens durch Enteignung des Südens.

Hand in Hand mit dem Übergang von Prosperität und innerer Landnahme zu Akkumulation durch Enteignung im Norden und Süden ging der Umbau des keynesianischen in den neoliberalen Staat (Harvey 2005: Kap. 3). Im Zuge dieses Transformationsprozesses gelang es den USA ihre Führungsrolle auf eine neue Grundlage zu stellen. Bis in die 1970er Jahre hinein hatten Deutschland und Japan die Vorzugsbedingungen, zu denen ihnen die USA den Wiedereintritt in den Weltmarkt ermöglicht hatte, erfolgreich genutzt, um sich als führende Exportmächte unter den kapitalistischen Metropolen zu etablieren. Das exportorientierte Wachstum ging auch in diesen beiden Ländern mit einer inneren Landnahme einher. Die Binnennachfrage wuchs daher ausreichend schnell, um dauerhafte Handelsbilanzüberschüsse zu vermeiden. In puncto keynesianischer Nachfragesteuerung hielten sich die Regierungen und Zentralbanken in

Bonn, Frankfurt und Tokio jedoch sehr zurück. Um ihre Exportchancen nicht zu gefährden – unter den Bedingungen der bis 1973 fixierten Wechselkurse schlug jede Preissteigerung voll auf die Exportpreise durch – verfolgten sie eine strikte Anti-Inflationspolitik und überließen den Keynesianismus weitgehend den Amerikanern (Itoh 1990: Kap. 6; Abelshausen 2004: Kap. VI.2). Monetaristische Geld- und Fiskalpolitik wurde in Deutschland und Japan bereits betrieben – ohne das entsprechende Label zu benutzen – als Friedman sich noch mit dem keynesianischen Mainstream der amerikanischen Ökonomenzunft herumschlagen musste. Allerdings konnte weder die deutsche noch die japanische Bourgeoisie ihren monetaristischen Praxisvorsprung in eine internationale Führungsrolle ausbauen; ihre Exportabhängigkeit stieg nach dem Ende der Prosperität und der damit verbundenen inneren Landnahme weiter an und wieder waren es die USA, die der Kapitalexpansion neues Terrain öffneten. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie Schrittmacher der kapitalistischen Durchdringung von privaten Haushalten und dem Sektor einfacher Warenproduktion im Norden und der neokolonialen Unterordnung des Südens und schufen auf diese Weise Absatz- und Anlagfelder für ihre eigene Bourgeoisie und deren Verbündete in Westeuropa und Japan. Beginnend mit den 1980er Jahren fanden sie heraus, dass Staats- und Auslandsschulden dem Kapital die Aneignung öffentlicher Betriebe, Infrastruktur und Sozialversicherungssysteme im Norden und Süden erlaubten (Beaud 2001: 272–293; Harvey 2003: Kap. 4). Wieder waren sie es, die der stets hinter den Produktionsmöglichkeiten hinterherhinkenden Nachfrage neue Impulse gaben. Richtig in Gang kam die Akkumulation durch Enteignung allerdings erst nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus sowie der hierdurch beschleunigten Weltmarktorientierung Chinas. Bei der Erschließung der Akkumulationsfelder, die sich mit der Einordnung der ehemals staatssozialistischen Länder für den Kapitalismus auf-taten, spielten die USA allerdings nur eine indirekte Rolle und zwar insofern die neuerliche Verschärfung des Kalten Krieges und der damit verbundene Rüstungswettlauf zur Zuspitzung der Widersprüche innerhalb des Staatssozialismus beitrugen (Saul 2007: Kap. 6). Mit der 2008 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise ist allerdings auch dieses Akkumulationsmodell an seine Grenzen gestoßen. Aus der nachfolgenden Analyse der Weltmarktintegration Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich Hinweise auf die Möglichkeiten Chinas ableiten, der Weltwirtschaft über diese Krise hinaus anhaltende Wachstumsimpulse zu geben.

3. Deutschland und Japan: Vom exportorientierten Wachstum zur exportabhängigen Stagnation

Niedrige Löhne, günstige Wechselkurse und Marshall-Plan stehen am Beginn der Weltmarktintegration Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Unterbewertung von Mark und Yen wurde von der neuen Hege-

monialmacht USA zunächst hingenommen, um der deutschen und japanischen Bourgeoisie ihre politische Unterordnung ökonomisch zu versüßen. Mit dem IWF-Beitritt der neuen Juniorpartner 1952 wurde dieser aus politischem Kalkül gewährte Wettbewerbsvorteil festgeschrieben. Der Marshall-Plan in Europa sowie der Dodge-Plan in Japan (Nakamura 1995: Kap. 2) halfen, die nach Depression, Zerfall des Weltmarktes und Nachkriegskrisen weiterhin brachliegende Zirkulation des Kapitals wieder anzuschieben und konnte darüber hinaus als Ausdruck amerikanischen Großmutes präsentiert werden, um neben den Bourgeoisien auch die subalternen Klassen in Deutschland und Japan für das amerikanische Weltmarktprojekt zu gewinnen. Zumindest unter den Arbeiterklassen beider Länder war diese gleichermaßen pro-amerikanische und pro-kapitalistische Propaganda auch dringend geboten.

Nach Kriegsende ließ sich die Unzufriedenheit mit Arbeits- und Lebensbedingungen, die sich in den Jahren der Nazi- bzw. Militärdiktatur aufgestaut hatte, nicht mehr unterdrücken und führte zu einer Welle spontaner Arbeiterkämpfe, die sich insbesondere um die Versorgung mit Lebensmitteln und die Kontrolle der Betriebe drehten. Die Aufhebung der mit der Kriegswirtschaft verbundenen Preisfestsetzungen führte Ende der 1940er Jahre zu einer Reallohnsenkung – die Nominallöhne waren als Erbe der Diktatur ohnedies noch auf einem sehr niedrigen Niveau – und damit neuer Unzufriedenheit. Diese konnte aber politisch kontrolliert werden, weil der Übergang zur freien Preisfestsetzung durch das Unternehmertum mit einer Einschränkung gewerkschaftlicher Organisationsrechte sowie einer massiven Kampagne gegen Kommunisten und ihre gewerkschaftliche Tätigkeit einhergingen. Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung bewährte sich die deutsch- bzw. japanisch-amerikanische Geschäftsfreundschaft ein erstes Mal (Schmidt 1970; Price 1996: Kap. 2&3). Die strikte Inflationsbekämpfung, die bald darauf zur bevorzugten Politik der deutschen und japanischen Exportindustrien werden sollte, spielte Ende der 1940er Jahre noch keine Rolle, weil die amerikanischen Geschäftspartner bzw. Konkurrenten die Inflationswaffe zeitgleich gegen die amerikanische Arbeiterklasse richteten, so dass sich die relativen Kosten zwischen den drei Ländern nicht veränderten. Ohnedies lag der Welthandel zu jener Zeit noch weitgehend danieder. Erst mit dem Korea-Krieg (1950-53) und der neuerlichen Ingangsetzung der amerikanischen Kriegswirtschaft kamen Nachkriegsprosperität und Welthandel in Schwung.

Einmal in Gang gekommen, konnten Deutschland und Japan ihre Anteile am Welthandel schnell ausbauen. Das Produktions- und Außenhandelswachstum lag in beiden Ländern erheblich über dem Durchschnitt der anderen kapitalistischen Zentren (Tabelle 1, Beaud 2001: 213ff.). Trotz dieser erfolgreichen Integration samt der damit verbundenen Exporterfolge, kam es in den 1950er und 1960er Jahren noch nicht zu den Handels- und Leistungsbilanzüberschüssen, welche die deutsche und japanische Wirtschaft seit den 1980er Jahren fast

durchgängig charakterisieren. Während der Nachkriegsprosperität war exportorientiertes Wachstum mit steigender Binnennachfrage und somit auch steigenden Importen verbunden, sodass die Handelsbilanzen über den Konjunkturzyklus hinweg mehr oder minder ausgeglichen werden konnten. Ausländische Direktinvestitionen, die nicht nur Produktionsstätten in anderen Ländern schaffen, sondern auch neue Marktzugänge eröffnen, spielten für die außenwirtschaftliche Orientierung des deutschen und japanischen Kapitals in der Zeit der Nachkriegsprosperität kaum eine Rolle, auf diesem Gebiet tummelten sich damals fast ausschließlich amerikanische Konzerne (Vernon 1966).

Tabelle 1: *Wachstum und Weltmarktintegration in verschiedenen Entwicklungsphasen*

	1950-73		1973-98		Exportquote		
	BIP-Wachstum in %	Export-Wachstum in %	BIP-Wachstum in %	Export-Wachstum in %	1950	1973	1998
BRD	5,68	12,4	1,76	4,4	6,2	23,8	38,9
Japan	9,29	15,4	2,97	5,3	2,2	7,7	13,4
USA	3,39	6,3	2,99	6,0	3,0	4,9	10,1

Quelle: Maddison 2001, S. 362f, Exportquote: Anteil der Exporte in % des BIP

Gespeist wurde die Binnennachfrage aus steigenden Reallöhnen und damit wachsender Konsumgüternachfrage sowie hohen Investitionsquoten. Letztere führten dazu, dass der Kapitalstock pro Kopf und damit auch die Arbeitsproduktivität in Deutschland und Japan rasch anstiegen und damit zu den Werten aufholten, die in den USA schon früher erreicht wurden (Van der Wee 1984: 218f). Durch Sparanreize und günstige Abschreibungsbedingungen wurden die hohen Investitionsquoten politisch unterstützt. Um für den rasch expandierenden Kapitalstock einen rentablen Auslastungsgrad zu erreichen, musste in vielen Branchen für Binnenmarkt und Export produziert werden. Die inländische Konsumgüternachfrage erhielt wichtige Impulse durch steigende Reallöhne, welche die Gewerkschaften in Deutschland und Japan durchsetzen konnten. Bis zum Ende der Nachkriegsprosperität blieb das Reallohnwachstum in Japan allerdings deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Der Grund für dieses Zurückbleiben der Löhne bestand in dem großen Arbeitskrätereservoir des Sektors einfacher Waren- bzw. Subsistenzproduktion, aus dem der kapitalistische Sektor sich nach Belieben bedienen konnte (Itoh 1990: Kap. 6). Neben der Größe dieses Sektors trug auch dessen Struktur zur Verhandlungsschwäche der japanischen Gewerkschaften bei. Viele Arbeitskräfte blieben dem traditionellen Sektor verbunden, der teilweise für ihre Reproduktion aufkam. Diese Arbeitskräfte ließen sich zu unterdurchschnittlichen Löhnen in einem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigen und schränkten dadurch Wirkungsbereich und Durchsetzungskraft der im ersten

Arbeitsmarkt, und hier auf Betriebs- und nicht auf Branchenebene, tätigen Gewerkschaften ein (Chalmers 1989). Trotz zurückbleibender Lohnsätze stieg die Konsumgüternachfrage aber an, weil die Integration zusätzlicher Arbeitskräfte in den kapitalistischen Sektor die Zahl der Käufer anwachsen ließ. Gegenüber Japan spielten einfache Waren- und Subsistenzproduktion in Deutschland, genauer: Westdeutschland, eine geringere Rolle, weil die Regionen, in denen diese Art wirtschaftlicher Tätigkeit stark vertreten war, nach 1945 nicht mehr in den Herrschaftsbereich des Kapitalismus fielen. Deshalb erfolgte die Absorption dieses Sektors durch den kapitalistischen Sektor in Deutschland schneller und vollständiger als in Japan und erlaubte eine effektivere, weil weniger durch Arbeitsmarktsplaltungen eingeschränkte Interessenvertretung der Lohnarbeiter (Lutz 1990: Kap. VI). Auf dieser Grundlage konnten Reallohnsteigerungen erreicht werden, die mehr oder minder dem Produktivitätszuwachs entsprachen und zur Stabilisierung des inländischen Nachfragewachstums beitrugen.

Allerdings wurden bereits Ende der 1960er Jahre die Grenzen der inneren Landnahme erreicht, nicht nur in Deutschland und Japan, sondern auch in den USA und anderen kapitalistischen Zentren. Ohne weitergehende Absorption nicht-kapitalistischer Milieus (Luxemburg 1913: Kap. 26) hätte ein kontinuierliches Wachstum der Konsumgüternachfrage beträchtlicher und über den Produktivitätszuwachs hinausgehender Reallohnsteigerungen bedurft, der sich das Kapital aus Sorge um seine Profitrate jedoch energisch entgegenstellte (Beaud 2001: 223-234). Ohne entsprechende Konsumgüternachfrage erwies sich ein Teil der Produktionsanlagen, die während der Prosperität geschaffen wurden, als überflüssig, Überkapazitäten wurden seit den 1970er Jahren zum kapitalistischen Normalzustand (Brenner 2006: Kap. 8&9).

Über diese allgemeinen Krisentendenzen hinaus zeigten sich in Deutschland und Japan die Kehrseiten der vorangegangenen Phase überdurchschnittlichen Wachstums. Weil der Kapitaleinsatz pro Kopf überdurchschnittlich zugenommen hatte, gingen seit Mitte der 1960er Jahre Kapitalproduktivität und Profitrate gegenüber den USA zurück (Glyn 2006: 136-146; Itoh 1994; Kalmans 1997). Gleichzeitig hatte das überdurchschnittliche Anwachsen der Arbeitsproduktivität zu einem relativen Kostenvorteil gegenüber US-Unternehmen geführt und damit entscheidend zu den Exporterfolgen Deutschlands und Japans beigetragen; dieser Kostenvorteil machte sich aber nunmehr in einer Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz und, nachdem die US-Regierung zu flexiblen Wechselkursen übergegangen war, einer Aufwertung von Mark und Yen bemerkbar. Die Möglichkeiten, sich für die aufwertungsbedingten Kostennachteile an der Arbeiterschaft schadlos zu halten, waren jedoch begrenzt, weil Organisationsgrad und Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft in beiden Ländern während der Prosperität angestiegen waren, während die US-Gewerkschaften schon seit den 1950er Jahren an Einfluss und Kampfkraft ver-

loren hatten (Goldfield 1989). Dazu kam noch der Kostennachteil infolge der Ölpreisschocks 1973 und 1979. Von diesen waren Deutschland und Japan, die damals 67% bzw. 92% ihres Bedarfs aus Importen deckten, ungleich stärker betroffen als die USA mit ihrer Erdölimportquote von 23% (Magdoff 1979). Insgesamt waren Deutschland und Japan von den Krisen der 1970er demnach stärker betroffen als die USA und erlebten auch einen stärkeren Wachstumsrückgang als diese. Trotzdem konnten sie ihr Modell exportorientierten Wachstums durch die Krise retten und bis zu Beginn der 1990er Jahre sogar höhere absolute Wachstumsraten als die Amerikaner erreichen. Allerdings nur, weil letztere mit der Akkumulation durch Enteignung Wachstumsfelder eröffneten, an denen deutsche und japanische Firmen sich eifrig ihren Anteil sicherten (Brenner 2006: Kap. 12). Erleichtert wurde ihnen das Exportgeschäft zu Beginn der 1980er durch die Dollar-Aufwertung – eine Folge des Volcker-Schocks – und den Militärkeynesianismus – eine Begleiterscheinung der Verschärfung des Kalten Krieges unter Präsident Reagan. Die deutschen und japanischen Exporterfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA bei dem Übergang zur Akkumulation durch Enteignung einen nicht aufholbaren Vorsprung hatten.

Ihre weltweite militärische Präsenz sowie ein Netz von Auslandsniederlassungen, das US-Konzerne schon während der Prosperität aufgebaut hatten (Magdoff 1966), wurde zum Ausgangspunkt der kapitalistischen Durchdringung von ‚Developmental States‘. Dieser Prozess wurde durch die weltweite Präsenz der US-Army unterstützt, die Druck auf Regierungen des Südens ausüben und andererseits Handelswege kontrollieren konnte. Zugleich ermöglichten die bereits bestehenden Produktionsnetzwerke die Verlagerung von Produktionsabschnitten und damit die Aushöhlung des Sozialstaates schon zu einer Zeit als diese in Deutschland und Japan noch ausgebaut wurden (Nakamura 1995: 197-201, 245-254; Vernon 1966). Im Laufe der 1980er und mehr noch der 1990er Jahre sollten freilich auch letztere auf den neoliberalen Pfad des Sozialstaatsabbaus sowie der Zurückdrängung der Gewerkschaften einschwenken.

Die Konkurrenz aus Deutschland und Japan ging erst nach 1985, als den Amerikanern die deutschen und japanischen Exportüberschüsse zu weit gingen und sie im Plaza-Abkommen eine drastische Aufwertung von Mark und Yen durchsetzten, zu nennenswerten Auslandsinvestitionen und dem Ausbau regionaler Produktionsnetzwerke über (UNCTC 1991). Einen neuen Schub erhielt diese Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa, der insbesondere von deutschen Unternehmen zur Ausweitung ihrer Auslandsaktivitäten genutzt wurde (Zysman et al. 1996). Japanische Firmen reagierten auf die beschleunigte Weltmarktintegration Chinas, insbesondere die damit verbundene Abwertung des Renminbi 1994, mit einer neuen Welle von Auslandsinvestitionen, von denen ein erheblicher Teil nach China geflossen ist (Kang et al. 2010). Die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen

stellt allerdings keine Abkehr von der Exportorientierung dar. Die regionalen Produktionsnetzwerke in Europa und Asien sind vielmehr in erheblichem Umfang Bestandteil der Wertschöpfungsketten großer deutscher und japanischer Konzerne, die weiterhin für Binnen- und Weltmarkt produzieren, wobei die USA der wichtigste Abnehmer sind. Darüber hinaus sind die USA, trotz der Entstehung regionaler Produktionsnetzwerke nach wie vor der größte Empfänger von Direkt- und Portfolioinvestitionen. Die Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und Japans wären ohne solche Kapitalexporte nicht möglich.

Die komplementäre Entwicklung der deutschen und japanischen Waren- und Kapitalexporte ist demnach vornehmlich auf die USA fokussiert (Katzenstein 2005) und macht die Ökonomien beider Länder von der Entwicklung der US-Wirtschaft in hohem Maße abhängig. Besonders deutlich wurde diese Abhängigkeit im Falle Japans nach dem Plaza-Abkommen 1985. Wie bereits geschildert reagierten japanische Unternehmen auf die aufwertungsbedingte Verteuerung ihrer Warenexporte mit Auslandsinvestitionen und dem Ausbau regionaler Produktionsnetzwerke. Gleichzeitig schwenkte die Zentralbank auf einen extrem lockeren Kurs ein, der die Binnennachfrage anregen und damit zu erwartende Exportausfälle kompensieren sollte. Vorschläge, diese aus der Not geborene Binnenorientierung zu einem Umbau der Wirtschaft in Richtung Hoch-Technologie und Dienstleistungen zu nutzen, konnten sich nicht durchsetzen (Nomura 1987). Stattdessen kam es zu einem Spekulations- und Schulden-getriebenen Nachfrageboom, der 1990 zu einem Börsenkrach und zwei Jahre später einer Rezession führte. Um diese zu überwinden, setzten Regierung und Unternehmen wieder verstärkt auf Exporte (Lapavitsas 1997), sahen sich aber 1994 nach der Renminbi-Abwertung neuer Konkurrenz ausgesetzt. Erst als die US-Regierung 1995 eine Dollar-Aufwertung durchsetzte, konnten steigende Exporte Japan vorübergehend aus einer vierjährigen Stagnation ziehen. In Folge dieser Aufwertung stieg zwar der Wert der japanischen Währungsreserven. Dieser für Japans politische Führung und Vermögensbesitzer durchaus positive Effekt kollidierte aber mit dem Interesse japanische Exporte auch weiterhin durch einen billigen Yen zu fördern (Mikunie, Murphy 2003).

Nicht viel besser erging es Deutschland nach der Einheit (Hickel, Prieue 1994) und der Währungsunion (Grahl 1997). Die Eingliederung der ehemaligen DDR-Wirtschaft in die kapitalistische Ökonomie Westdeutschlands stellte eine Art Akkumulation durch Enteignung im vergrößerten Staatsgebiet dar und wurde zunächst, in vorübergehender Abkehr von monetaristischen Prinzipien, von einer expansiven Wirtschaftspolitik flankiert. Zeitgleich wurde der Monetarismus jedoch als Grundprinzip der Europäischen Währungsunion festgeschrieben. Die damit verbundenen Nachfragerestriktionen wurden durch eine neuerliche Exportoffensive zumindest ansatzweise ausgeglichen. Eine gegenüber anderen EU-Ländern besonders ausgeprägte Lohnzurückhaltung sowie die Verlagerung einzelner Produktionsabschnitte verschafften deutschen Un-

ternehmen Kostenvorteile gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz. Unter Bedingungen einer einheitlichen Währung führten diese Vorteile zu dramatisch steigenden Exportsteigerungen und schließlich Handelsbilanzüberschüssen, gingen aber auch mit einer fünfjährigen Stagnation zu Beginn der 2000er Jahre einher. Die Europäisierung der deutschen Wirtschaft verringerte im Vergleich zu Japan die Abhängigkeit von der Entwicklung der US-Wirtschaft, da der europäische Binnenmarkt einen steigenden Anteil der deutschen Exporte absorbierte. Im Vorfeld der Währungsunion wurde der Euro sogar als Alternative zum Dollar und die EU als ein von den USA unabhängiges Zentrum wirtschaftlicher Entwicklung gehandelt. Dafür fehlten allerdings die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die herrschenden Klassen in der EU, zumindest die tonangebenden unter ihnen, hatten am Versuch einer Abkopplung trotz gelegentlich anti-amerikanischer Rhetorik kein Interesse (Schmidt 2003). Zudem führten die Exporterfolge Deutschlands innerhalb der EU zu solch starken Ungleichgewichten, dass im Zuge der 2008 beginnenden Weltwirtschaftskrise sogar die Existenz des Euro in Frage gestellt wurde (Lapavistas et al. 2010a & 2010b).

Tabelle 2: Wachstum und Leistungssalden seit 2000

	BIP-Wachstum in Prozent				Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP			
	USA	BRD	Japan	China	USA	BRD	Japan	China
2000	4,1	3,2	2,9	8,4	-4,2	-1,7	2,6	1,7
2001	1,1	1,2	0,2	8,3	-3,8	0,0	2,1	1,3
2002	1,8	0,0	0,3	9,1	-4,3	2,0	2,9	2,4
2003	2,5	-0,2	1,4	10,0	-4,7	1,9	3,2	2,8
2004	3,6	1,2	2,7	10,1	-5,3	4,6	3,7	3,5
2005	3,1	0,7	2,0	10,4	-5,9	5,1	3,6	7,2
2006	2,7	3,2	2,0	11,6	-6,0	6,5	3,9	9,5
2007	2,1	2,5	2,4	13,0	-5,1	7,6	4,8	11,0
2008	0,4	1,2	-1,2	9,5	-4,9	6,7	3,2	9,4
2009*	-2,4	-5,0	-5,2	8,7	-2,9	4,8	2,8	5,8
2010*	3,1	1,2	1,9	10,0	-3,3	5,5	2,8	6,2

Quelle: International Monetary Fund 2010a, * = Schätzungen

Tabelle 3: BIP und Pro-Kopf-Einkommen 2008

	USA	BRD	Japan	China
BIP (in Mrd. US-Dollar)	14.441,43	2.918,49	4.335,99	7.966,54
Pro-Kopf-Einkommen (in US-Dollar)	47.392,75	35.539,30	33.956,52	5.998,81

Quelle: International Monetary Fund 2010a, Daten berechnet nach Kaufkraftparitäten und laufenden Preisen.

Das exportorientierte Wachstums Deutschlands und Japans hatte zwar zum Aufstieg einer Reihe internationaler Konzerne geführt, ließ die jeweiligen Nationalökonomien allerdings in Exportabhängigkeit und Stagnation zurück. Beginnend mit den 1990er und endgültig in den frühen 2000er Jahren wurden die alte Hegemonialmacht USA und der neue Aufsteiger China zu den entscheidenden Motoren weltwirtschaftlichen Wachstums (Tabelle 2); erstere aufgrund ihrer Größe, letztere aufgrund ihrer hohen Wachstumsraten (Tabelle 3) Die Wirtschaftskrise 2008/9 hat das Zusammenwirken von Größe und Geschwindigkeit allerdings aus dem Takt gebracht, so dass sich nun die Frage stellt, ob die Stagnation des amerikanischen Riesen das chinesische Wachstum erdrücken wird oder ob China sich aus der Abhängigkeit der Hegemonialmacht, die beim Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus überaus hilfreich gewesen ist, befreien kann bzw. dieses überhaupt versucht.

4. China: Noch ein Juniorpartner für die USA

Ebenso wie in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg ging auch die Weltmarktintegration Chinas nach Ende des Kalten Krieges von niedrigen Löhnen und günstigen Wechselkursen aus.

Statt Marshall- bzw. Dodge-Plan Geldern, wie sie Deutschland und Japan erhalten hatten, erlebte China von Beginn seiner Rückkehr auf den Weltmarkt einen Zustrom privaten Kapitals. Günstige Wechselkurse, welche die USA den beiden Erstgenannten gewährt hatte, konnte die chinesische Regierung aus eigener Kraft festsetzen. Die ökonomischen Effekte waren aber in allen drei Ländern ähnlich: Beschleunigtes Wachstum und zügige Integration in den Weltmarkt (Prasad 2004). Allerdings blieben Pro-Kopf-Einkommen und durchschnittliche Arbeitsproduktivität in China relativ gering, während sie in Deutschland und Japan während der Prosperitätsphase stark angestiegen waren (Böröcz 2009).

Für das Auseinanderfallen von gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen sind in hohem Maße die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen verantwortlich, von denen aus die drei Länder ihre Weltmarktintegration vorantrieben. Deutschland und Japan durchliefen ihre Industrialisierungsprozesse in etwa zeitgleich mit den USA und traten bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Konkurrenz zueinander. Ein Teil dieser Konkurrenz bestand in der von allen drei Ländern, allerdings mit unterschiedlichem Nachdruck, verfolgten Unterdrückung und Ausbeutung Chinas. Letzteres konnte erst nach der Revolution und der weitgehenden Abkopplung vom kapitalistischen Weltmarkt einen Prozess nachholender Industrialisierung unter staatssozialistischen Produktionsverhältnissen durchlaufen (Li 2008: Kap. 2).

Im Gegensatz zu Deutschland und Japan, die nach dem Zweiten Weltkrieg einen neuen Proletarisierungsschub samt der damit verbundenen kapitalisti-

schen Landnahme durchliefen, hatte in China der Staatssozialismus die Agrarbevölkerung bereits vollständig proletarisiert bzw. im Zuge der Industrialisierung eine industrielle Arbeiterklasse geschaffen. Die Staats- und Parteibürokratie hat allerdings nicht nur Arbeiterklassen in Stadt und Land geschaffen, sondern auch deren kapitalistischen Totengräber. Einführung eines Arbeitsmarktes mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Marktbeziehungen zwischen den Betrieben, die zunächst noch im Staatsbesitz blieben, Förderung lokaler, ebenfalls durch Marktbeziehungen miteinander verbundener Privatunternehmen neben den großen Staatskonzernen sowie die, allerdings begrenzte und unter staatlicher Aufsicht erfolgende Öffnung für Auslandsinvestitionen schufen in den 1980er Jahren das Ferment, aus dem sich in den 1990er, mit dem Übergang zu massiven Privatisierungen, eine heimische Kapitalistenklasse herausbilden konnte (Hart-Landsberg/Burkett 2005: Kap. 2). Diese rekrutierte sich vornehmlich aus dem Staats- und Parteiapparat. Im Geiste des staatsmonopolistischen Kapitalismus erzogen, kannten die neuen Kapitalisten alle Kniffe, mit denen sich der Staatsapparat vor den Karren privater Kapitalakkumulation spannen lässt und knüpfen zu diesem Zweck auch eifrig Auslandskontakte. Dabei kamen ihnen neben der Öffnung für ausländisches Kapital und der damit verbundenen Etablierung von Sonderwirtschaftszonen die 1997 erfolgte Integration Hongkongs, das seither eine zentrale Drehscheibe für Chinas internationale Waren- und Kapitalströme geworden ist, sowie die über den gesamten pazifischen Raum ausgedehnten Geschäftsnetzwerke der Auslandschinesen zugute (Katzenstein 2005: 60–69).

Entscheidend für die kapitalistische Landnahme in China, welche die neue chinesische Bourgeoisie, erhebliche Teile Staats- und Parteiapparates sowie ausländisches Kapital gemeinschaftlich begonnen haben, war die Umwandlung der staatssozialistischen Arbeiterklassen, deren soziale Sicherung in der Stadt vom Betrieb und auf dem Lande vom Zugang zum Land abhing, in ein kapitalistisches, einzig vom Verkauf seiner Arbeitskraft abhängiges Proletariat (Li 2008: 60–69). Erreicht wurde dieses Ziel indirekt durch die soziale Polarisierung, die Marktwirtschaft und Privatisierung auf dem Lande hervorgerufen hatte und zu massiver Landflucht führte. Dazu kamen Entlassungen in den privatisierten Industriebetrieben. Angesichts der schieren Größe des so geschaffenen neuen Proletariats (Lee 2007), schien das Angebot billiger Arbeitskraft nahezu unerschöpflich. Seit den 1980er Jahren und noch einmal verstärkt seit den frühen 2000er Jahren sind die gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Konsumquoten rückläufig (Guo 2010; Li 2008: 88). Exporte und Investitionen wurden daher zu den entscheidenden Nachfragequellen, aus denen sich der Akkumulationsprozess in China speiste. Daran hat auch die Krise 2008/09 nichts geändert. Auf diese reagierte die chinesische Regierung zwar mit einem massiven Ausgabenprogramm, durchaus vergleichbar dem kurzfristigen Interventionismus der deutschen und japanischen Regierungen in den 1970er Jah-

ren, gab diese Orientierung auf den Binnenmarkt aber schon 2010 zugunsten der Förderung von Exporten und privaten Investitionen wieder auf (IMF 2010b).

Lohnsteigerungen, wie sie im Zuge der inneren Landnahme in Deutschland und Japan eintraten, galten angesichts eines scheinbar unbegrenzten Arbeitsangebotes als nahezu ausgeschlossen (Glyn 2006: 93), die Basis exportorientierten Wachstums als gesichert. In der ersten Phase der Landnahme konnten die neuen Privatindustrien, so wie es auch in Japan vorübergehend der Fall war, von der Beschäftigung eines Halbproletariats profitieren, dessen Reproduktion noch teilweise über den Zugang zu Land und Subsistenzproduktion gesichert wurde. Dieser, das Lohnniveau niedrig haltende Faktor verliert angesichts der raschen Durchkapitalisierung der Landwirtschaft aber bereits an Bedeutung und könnte in naher Zukunft zu steigenden Reproduktionskosten führen (Andreas 2008; Economist 2010). Darüber hinaus verursachen die im Zuge der chinesischen Prosperität steigenden Rohstoffpreise Kostensteigerungen, von denen China stärker als die kapitalistischen Zentren betroffen ist, weil der Aufbau exportorientierter Fertigungsindustrien mit einem hohen Investitionsanteil energieintensiver Grundstoffindustrien einhergeht (O'Hara 2006). Schließlich haben die USA seit der Krise 2008/09 verstärkt Druck auf China ausgeübt, die Binnennachfrage dauerhaft zu stärken und den Renminbi aufzuwerten, um auf diese Weise zu einer Entlastung ihrer Handelsbilanz beizutragen. Die seither erfolgte Aufwertung war allerdings viel zu schwach, um die chinesischen Ausfuhren zu senken bzw. amerikanische Exporte nach China zu fördern.

In den 1970er Jahren waren Deutschland und Japan in einer ähnlichen Situation. Auf steigende Rohstoffpreise, die Aussicht auf höhere Löhne und außenpolitischen Druck in Richtung Aufwertung und Stimulierung der Binnennachfrage reagierten sie mit kurzfristigen Ausgabenprogrammen und setzten seit den 1980er Jahren, als sie eine Aufwertung von Mark bzw. Yen nicht mehr verhindern konnten, verstärkt auf ausländische Direktinvestitionen, um ihre Exportindustrien mit billigen Vorleistungen zu versorgen. Ein Teil dieser Investitionen floss bzw. fließt nach China, das unter den wachstumsstarken Ländern des Südens der mit Abstand größte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen ist (UNCTAD 2009, 247-253). Angesichts sehr hoher Ersparnisse sind Kapitalimporte zur Investitionsfinanzierung nicht erforderlich, werden von der chinesischen Führung mit dem Ziel des Technologieimportes aber gefördert. Als Folge dieser Orientierung hat die Abhängigkeit Chinas von importierten und weiterhin von ausländischen Konzernen kontrollierten Technologien seit Beginn der 1990er Jahre zugenommen (Hart-Landsberg/Burkett 2006). Dadurch ist es zur Integration Chinas in internationale Wertschöpfungsketten gekommen, in denen China sehr stark auf die Rolle arbeitsintensiver Endmontage festgelegt ist. Zwar hat die chinesische Regierung in einigen Wirtschafts-

bereichen auch die Herausbildung nationaler Champions gefördert, die mittlerweile auch selbst Auslandsinvestitionen tätigen, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der betreffenden Unternehmen ist allerdings gering. Chinas Auslandsinvestitionen dienen vornehmlich der Versorgung mit Rohstoffen und treten damit in unmittelbare Konkurrenz zu entsprechenden Investitionen aus den kapitalistischen Zentren (Cheru/Obi 2010; Ciccantell 2009). Mit Blick auf Chinas Kapitalimporte ist festzustellen, dass das Land sehr viel stärker von ausländischen Direktinvestitionen und der damit verbundenen Kontrolle über den Wertschöpfungsprozess durchdrungen ist als dies in Deutschland oder Japan jemals der Fall war (Hart-Landsberg/Burkett 2005: 117).

Angesichts des großen Einflusses ausländischen Kapitals ist Chinas neue Bourgeoisie eher an einer Fortsetzung seiner internationalen Wirtschaftsbeziehungen als einem Schwenk in Richtung binnenmarktorientierter Akkumulation interessiert (Ho-fung 2009). Nicht nur mit Blick auf den Warenexport, sondern auch hinsichtlich Währungsreserven und Dollar-Guthaben chinesischer Vermögensbesitzer besteht ein Interesse an einem relativ starken Dollar. Nennenswerte Renminbi-Aufwertungen, die mit einer Binnenorientierung verbunden wären, stehen im Widerspruch zu diesen Interessen und einer Bedeutungszunahme des Renminbi als internationale Reservewährung auf absehbare Zeit im Wege (Bowles, Wang 2008). Angesichts dieser Interessenlage und Chinas gegenwärtiger Form der Einbindung in den Weltmarkt befindet sich das Land in einer Situation, die aus Deutschland und Japan bestens bekannt ist: Einerseits fortdauernde Abhängigkeit von der Entwicklung des Weltmarktes und andererseits wiederkehrende Konflikte mit den USA als hegemonialem Spieler auf diesem Markt.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs strebten die USA nach Hegemonie durch Integration. Statt andere Mächte von ihren Märkten abzuschneiden, suchten sie deren Einbindung. Unter Führung der USA wurden nicht-kapitalistische Milieus auf eigenem und fremdem Territorium als neue Märkte in den Kreislauf kapitalistischer Akkumulation einbezogen. Selbstverständlich hat diese Expansion die Konkurrenz zwischen Unternehmen und Staaten nicht aufgehoben. Sofern sich die Bourgeoisien einzelner Länder besonders erfolgreich erwiesen, wie Deutschland und Japan während der Nachkriegsprosperität und China während der jüngsten Phase einer Akkumulation durch Enteignung, wurde über die Ablösung der USA durch eine neue Hegemonialmacht spekuliert. Die herrschenden Klassen der exportorientierten Länder versuchten zwar, entsprechende Debatten zur Verbesserung ihrer Position gegenüber der Hegemonialmacht USA zu nutzen, haben aber bislang keine Versuche unternommen, ein gegenhegemoniales Modell zu schaffen. Ihre Rechnung geht wohl dahin, dass sie unter Führung der USA bessere Geschäfte machen als im Kampf um eigene Weltherrschaft. Insofern scheint sich Kautskys Vision eines Ultraimperialismus (Kautsky 1914) nach 1945 durchgesetzt zu haben.

Gefahren drohen diesem Modell nicht durch die hegemonialen Ambitionen exportorientierter Aufsteiger, sondern eher durch die Verlangsamung der Akkumulationsdynamik gegenüber der Nachkriegsprosperität, mit und während der die USA ihren Führungsanspruch durchsetzen konnten. Zwar gelang es ihnen auch danach, dem Kapital neue Anlagefelder und Absatzmärkte zu erschließen, das Verhältnis zwischen rentablen Investitionsmöglichkeiten und anlagesuchendem Kapital hat sich dennoch kontinuierlich verschlechtert. Darüber sollte auch das gegenwärtige Wachstum in China nicht hinwegtäuschen, denn erstens vergrößert dieses Wachstum den Umfang anlagesuchenden Kapitals noch weiter und zweitens gibt es in anderen Teilen der Welt dauerhafte Überkapazitäten und einen Überhang an Finanzvermögen, der auch durch die jüngste große Krise nicht abgebaut wurde. In einer Serie kleinerer Finanz-, Währungs- und allgemeiner Wirtschaftskrisen bricht sich bereits seit den 1980er Jahren eine Stagnationstendenz Bahn, die weniger die US-Hegemonie als die ökonomischen Grundlagen des globalen Kapitalismus bedroht. Ein Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise ist selbstverständlich auch von noch so häufigen oder vollständigen Zusammenbrüchen der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsprozesse nicht zu erwarten. Überwunden werden können kapitalistische Krise und US-Hegemonie bestenfalls durch die politische Aktion der subalternen Klassen in allen am Weltmarkt teilnehmenden Ländern (Gindin 2004), Chinas neue Herrscher sind zur Krisenüberwindung nicht fähig und an einem Ende der US-Hegemonie, unter deren Schutz sie sich so prächtig entwickelt haben, nicht interessiert.

Literatur

- Abelshauer, Werner (2004): *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München.
- Akyüz, Yilmaz (2010): Export Dependence and Sustainability of Growth in China and the East-Asian Production Network, *South Centre*, Research Paper Nr. 27.
- Andreas, Joel (2008): Changing Colours in China, *New Left Review*, Nr. II/54, November-December 2008, 123 - 142.
- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century*, London; New York.
- (2007): *Adam Smith in Beijing - Lineages of the Twenty-First Century*, London, New York.
- Beaud, Michel (2001): *A History of Capitalism, 1500 - 2000*, New York.
- Block, Fred (1981): The Fiscal Crisis of the Capitalist State, *Annual Review of Sociology*, 7. Jg., 1-27.
- Bowles, Paul; Wang, Baotai (2008): The Rocky Road Ahead: China, the US and the Future of the Dollar, *Review of International Political Economy*, 15. Jg., Nr. 3, 335 - 353.
- Böröcz, József (2009): The „Rise of China“ and the Changing World Income Distribution, in: Hung, Ho-fung (Hrsg.): *China and the Transformation of Global Capitalism*, Baltimore, 86-108.
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence*, London; New York.
- Breslin, Shaun (2000): Wachstum auf Kosten der Entwicklung?, *PROKLA* 119, 30. Jg., Nr. 2, 211-228.
- Chalmers, Norma J. (1989): *Industrial Relations in Japan: The Peripheral Sector*, London; New York.
- Cheru, Fantu; Obi, Cyril (Hrsg.) (2010): *The Rise of China and India in Africa*, London; New York.
- Ciccantell, Paul S. (2009): China's Economic Ascent and Japan's Raw Material Peripheries, in: Hung, Ho-fung (Hrsg.): *China and the Transformation of Global Capitalism*, Baltimore, 109-129.

- Coates, David (2000): *Models of Capitalism: Growth and Stagnation in the Modern Era*, Cambridge.
- Cox, Michael (2001): Whatever Happened to American Decline? International Relations and the New United States Hegemony, *New Political Economy*, 6. Jg., Nr. 3, 341 - 358.
- Dörre, Klaus (2010): Landnahme und soziale Klassen - Zur Relevanz sekundärer Ausbeutung, Thien, Hans-Günter (Hrsg.): *Klassen im Postfordismus*, Münster, 113 - 151.
- Economist* (2010): Socialist Workers - Is China's Labour Market at a Turning Point?, 10. Juni 2010.
- Foster, John Bellamy (2006): Monopoly-Finance Capital, *Monthly Review*, 58. Jg., Nr. 7, 1 - 14.
- Freeman, Richard B. (1998): War of the Models: Which Labour Market Institutions for the 21st Century, *Labour Economics*, 5. Jg., Nr. 1, 1 - 24.
- Gindin, Sam (2004): Prospects for Anti-Imperialism: Coming to Terms With Our Own Bourgeoisie, Foster, John Bellamy; McChesney, Robert W. (Hrsg.): *Pax Americana - Exposing the American Empire*, New York, 135 - 142.
- Glyn, Andrew (2006): *Capitalism Unleashed: Finance, Globalization, and Welfare*, Oxford.
- Goldfield, Michael (1989): *The Decline of Organized Labor in the United States*, Chicago.
- Grahl, John (1997): *After Maastricht - A Guide to European Monetary Union*, London.
- Guo, Kai; N'Diaye, Papa (2010): Determinants of China's Private Consumption: An International Perspective, *IMF Working Paper* 10/93, Washington.
- Hall, Peter A. (Hrsg.), (1989): *The Political Power of Economic Ideas - Keynesianism Across Nations*, Princeton.
- Hart-Landsberg, Martin; Burkett, Paul (2005): China and Socialism - Market Reforms and Class Struggle, *Monthly Review*, 56. Jg., No. 3, 7 - 123.
- (2006): China and the Dynamics of Transnational Accumulation: Causes and Consequences of Global Restructuring, *Historical Materialism*, 14. Jg., Nr. 3, 3 - 43.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford.
- (2005): *A Short History of Neoliberalism*, Oxford.
- Hickel, Rudolf; Priewe, Jan (1994): *Nach dem Fehlstart - Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*, Frankfurt/Main.
- Ho-fung, Hung (2009): America's Head Servant? The PRC's Dilemma in the Global Crisis, *New Left Review*, Nr. 60, November-Dezember 2009, 5 - 25.
- International Monetary Fund (2010a): *World Economic Outlook Database*, Washington DC.
- International Monetary Fund (2010b): People's Republic of China, *IMF Country Report* 10/238, Washington DC.
- Itoh, Makoto (1990): *The World Economic Crisis and Japanese Capitalism*, New York.
- (1994): Is the Japanese Economy in Crisis?, *Review of International Political Economy*, 1. Jg., Nr. 1, 29 - 51.
- Jánosy, Franz (1966): *Das Ende der Wirtschaftswunder - Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung*, Frankfurt/Main.
- Kalmans, Rebecca (1997): Productive Activity, Accumulation, and Growth in Postwar Japan and the United States, *Review of Radical Political Economics*, 29. Jg., Nr. 2, 1 - 25.
- Kang, Moonjung et al. (2010): Regional Production Networks, Service Offshoring, and Productivity in East Asia, *Japan and the World Economy*, 22. Jg. Nr. 3, 206 - 216.
- Katzenstein, Peter J. (2005): *A World of Regions - Asia and Europe in the American Imperium*, Ithaca; London.
- Kautsky, Karl (1914): Der Imperialismus, *Die Neue Zeit*, 32-II, 1 - 14.
- Lapavistas, Costas (1997): Transition and Crisis in the Japanese Financial System: An Analytical Overview, *Capital & Class*, Summer 1997, Nr. 62, 21 - 47.
- Lapavistas, Costas et al. (2010a): Eurozone Crisis: Beggar Thyself and Thy Neighbour, *Research on Money and Finance, Occasional Report*, March 2010, London.
- (2010b): The Eurozone Between Austerity and Default, *Research on Money and Finance, Occasional Report*, March 2010, London.
- Lee, Ching Kwan (2007): *Against the Law - Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*, Berkeley et al.
- Li, Minqi (2008): *The Rise of China and the Demise of the Capitalist World Economy*, New York.

- Lutz, Burkhardt (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/Main; New York.
- Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin 1990, 5 - 411.
- Maddison, Angus (2001): The World Economy - A Millennial Perspective, *Development Centre of the OECD*, Paris.
- Magdoff, Harry (1966): *The Age of Imperialism - The Economics of US Foreign Policy*, New York; London.
- (1978): *Imperialism: From the Colonial Age to the Present*, New York; London.
- (1979): The US Dollar, Petrodollars, and US Imperialism, *Monthly Review*, 30. Jg., Nr. 8, 1 - 13.
- Magdoff, Harry, Paul M. (1987): *Stagnation and the Financial Explosion*, New York.
- Mikuni, Akio; Murphy, R. Taggart (2003): *Japan's Policy Trap: Dollars, Deflation, and the Crisis of Japanese Finance*, Washington DC.
- Nakamura, Takafusa (1995): *The Postwar Japanese Economy*, Tokyo.
- Nomura, Masami (1987): Der japanische „Produktionsismus“ am Ende? Die Auswirkungen des Handelskonflikts auf die japanische Arbeitsgesellschaft, *PROKLA* 66, 17. Jg., Nr. 1, 8 - 30.
- O'Hara, Philip Anthony (2006): A Chinese Social Structure of Accumulation for Capitalist Long-Wave Upswing?, *Review of Radical Political Economics*, 38. Jg., Nr. 3, 397 - 404.
- Osterhammel, Jürgen; Petersson, Niels P. (2005): *Globalization - A Short History*, Princeton; Oxford.
- Prasad, Eswar (Hrsg.), (2004): China's Growth and Integration into the World Economy - Prospects and Challenges, *IMF Occasional Paper 232*, Washington DC.
- Price, John (1996): *Japan Works: Power and Paradox in Postwar Industrial Relations*, Ithaca; London.
- Saull, Richard (2007): *The Cold War and After - Capitalism, Revolution and Superpower Politics*, London; Ann Arbor.
- Schmidt, Eberhard (1970): *Die Verhinderte Neuordnung, 1945 - 1952*, Frankfurt/Main; Köln.
- Schmidt, Ingo (2003): Transatlantische Beziehungen - Das Ende einer wunderbaren Freundschaft?, *PROKLA* 133, 33. Jg., Nr. 4, 545 - 564.
- (Hrsg.), (2008): *Spielarten des Neoliberalismus*, Hamburg.
- (2009): Große Krisen seit den 1930er Jahren, *PROKLA* 157, 39. Jg., Nr. 4, 523-540.
- (2010): Rosa Luxemburg's ‚Accumulation of Capital‘: New Perspectives on US Hegemony and Capitalist Development, erscheint in: *Socialist Studies*, 6. Jg., Nr. 2.
- United Nations Centre on Transnational Corporations (UNCTC) (1991): *World Investment Report 1991: The Triad of Foreign Direct Investment*, New York.
- United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) (2009): *World Investment Report: Transnational Corporations, Agricultural Production and Development*, New York; Geneva.
- Van der Wee, Hermann (1984): *Der gebremste Wohlstand - Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel, 1945 - 1980*, München.
- Vernon, Raymond (1966): International Investment and International Trade in the Product Cycle, *Quarterly Journal of Economics*, 80. Jg., Nr. 2, 190 - 207.
- Wallerstein, Immanuel (2004): *World-Systems Analysis - An Introduction*, Durham; London.
- Wilson, Dominic; Purushothaman, Roopa (2003): Dreaming with BRICs: The Path to 2050, *Goldman Sachs Global Economics Paper*, Nr. 99, New York.
- Yamamura, Kozo; Streeck, Wolfgang (Hrsg.), (2003): *The End of Diversity - Prospects for German and Japanese Capitalism*, Ithaca; London.
- Zysman, John et al. (1996): Tales from the „Global“ Economy: Cross National Production Networks and the Re-organization of the European Economy, *Berkeley Roundtable on the International Economy*, Working Paper Nr. 83.